

Bezugs-Preis

In der Hauptexpedition oder deren Ausgaben abgedruckt: vierzehntäglich A 8.— bei gleichzeitiger Abgabe der Zeitung und Band A 8.75.— Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierzehntäglich A 4.50.— für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:

Johannisthal 8.

Bernauer 188 und 222.

Glazialexpeditionen:

Alfred Hahn, Buchdruckerei, Unterlindenstr. 6,
2. Stock, Katharinenstr. 14, u. Rüttgenstr. 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Marienstraße 24.

Bernauer 188 und 222.

Haupt-Filiale Berlin:

Gerd Danner, Herzog August-Bibliothek, Unterlindenstr. 10.
Benzingerstr. 10.

Bernauer 188 und 222.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 486.

Donnerstag den 21. September 1903.

97. Jahrgang.

"Bieseler Bismarcks".

Ein Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Dresden haben die "Genossen" zwar einander mit sehr rücksichtsvollen, so sogar beschämenden Bezeichnungen bedacht, gräßlicher aber noch haben sich die feindlichen Brüder über das Bürgertum ausgelassen. Wenn wir aus den mit der Absicht der Vertheidigung gewählten Bezeichnungen die herauszuholen, mit welcher der Herausgeber der "Baukunst" bedacht wird, nämlich "Bieseler Bismarck", so gesteht dies weder in der Absicht, unsere Witterungsprache durch solche Wortbildungen zu bereichern, noch um für Herrn Bieseler eine Lunge zu brechen. Der genannte Ausdruck soll uns vielmehr dazu dienen, im Erinnerung zu bringen, weshalb die sozialdemokratische Partei unter ihrem ersten Kanzler einen so glühenden Haß entgegenbrachte und noch gegen ihn hegt.

Seine Stellung zur sozialen Frage hat ja der Fürst in den achtzig Jahren und früher wiederholte und unzweckmäßig gehänselnd. Wenn aber trotzdem von der äußersten Linken immer wieder behauptet wird, Deutschlands großer Kanzler habe jede soziale Regung zu unterdrücken gesucht, dann ist es Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, wie Bismarck über die Lage der Arbeiterschaft und deren Hebung dachte und seiner Überzeugung durch entsprechende Maßnahmen artikulare Gestalt zu verschaffen suchte. Schon bei der Beratung des Unfallversicherungsgesetzes erklärte Bismarck im Reichstag: „Es muß auch politisch etwas geschehen, um die Urtypen des Sozialismus, insofern ihnen eine Berechtigung beheimatet, zu beseitigen.“ Das in früheren Jahren in Bezug auf Arbeiterschutzmaßnahmen hätte geschehen können und verfügt worden war, daß Bismarck auch selbst es erklärt, daß er nicht die Selt hatte, es kann kriegerische Verbündete sein.“ Gleichwohl hielt er es schon damals für die Aufgabe des Staates, einzuschreiten, und erklärte: „Ich halte es für meinen Beruf, diese Fragen es war bei der Beratung des Unfallversicherungsgesetzes am 2. April 1881 ohne Parteilichkeit, ohne Aufregung — ich befand, daß die Parteifragen zu hincinspielen — in Angriff zu nehmen, weil ich nicht weiß, wer sie mit Erfolg in Angriff nehmen soll, wenn es die Reichsregierung nicht tut.“ Der Kanzler war also der Überzeugung, daß die Arbeiterschutz nicht durch einzelne Stände oder Parteien, also auch nicht durch die sozialdemokratische, geregelt werden könnte und daß es Aufgabe des Reichstages sei, die Sicherheit der Existenz des Arbeiters zu bestimmen und dafür zu sorgen, daß der Arbeiter „mit Lust und Leid am Leben“ bleibt, rief Bismarck aus, „daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich gemacht werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das „laissez faire, laissez aller“, das reine Manchestertum in der Politik ist, — daß das im Staate, namentlich in dem monarchischen, landesfürstlichen regierten Staate Anwendung finden könnte; im Gegenteil, ich glaube, daß diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schaden des Schwächeren vorbereiteten, ihrerseits sich dem Verbot ausleben, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es kapitalistisch, sei es theoretisch, sei es sonstwie, bewohnt, zum Gewinn eines Anhangs, zur Unterdrückung der anderen, zur Anbahung einer Unisouveränität ausdeuteten wollen und verdächtlich werden, sobald ihnen dieses Beginnen durch irgend einen Einfluß der Regierung gehindert wird.“

Wie man nach solchen Worten des Fürsten Bismarck noch schimpfen kann, dieser sei ein Seiner der Sozialpolitik gewesen, wäre unbegreiflich, wenn man nicht möchte, daß den sozialdemokratischen Gebern jedes Mittel zur Aussetzung der Massen gegen die Stützen der Staats- und Gesellschaftsordnung steht. Für solche „Politiker“ kann es natürlich nicht angemessen sein, wenn man sie daran erinnert, daß gerade Bismarck jener Staatsmann war, der Sozialpolitik verlangte, der gegen die Gesellschaft den Vorwurf erhob, sie habe Männer außer den ordentlichen Armenpflege eine eigentliche Verpflichtung den arbeitenden Klassen gegenüber nicht anerkannt, und der betonte, es müsse dafür gesorgt werden, daß jeder, jeder „aus der armen Deutschen, das Gefühl menschlicher Würde“ behalten kann. Der Kanzler mahnte aber nicht nur die Gesellschaft an ihre Pflicht, sondern zeigte ihr auch den einzigen Weg zur Pflichterfüllung. „Das Ganze liegt in der Frage begründet: hat der Staat die Pflicht, für seine bürgerlichen Bürger zu sorgen, oder hat er sie nicht? Ich behaupte, er hat diese Pflicht, und zwar nicht bloß der spirituelle Staat, sondern jeder Staat an und für sich. . . . Es gibt zweideutig, die nur der Staat in seiner Gesamtheit erfüllen kann. So diesen gehört auch die Pflicht des Staates und die Verhindernung solcher bedeutsamer Klagen, wie sie das wirklich nachbare Material zur Aussetzung durch die Sozialdemokratie ja in der Tat

gibt. Das ist die Staatsaufgabe, der wird sich der Staat nicht auf die Dauer entziehen können.“

Schon diese wenigen Ausführungen lassen deutlich erkennen, daß Bismarck für eine Hebung der arbeitenden Klassen mit aller Entschiedenheit eintrat. Noch mehr aber erhebt dies aus seinen Erklärungen gelegentlich der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts, der Sonntagsschule, der Befreiung des Antworts, betreffend den Normalarbeitszeittag, der Arbeiterschutz u. a. m. Ja selbst für Koalitionsfreiheit war der Kanzler zu haben, wenn dadurch eine erfolgreiche, dauernde Hebung der materiellen Lage der Arbeiterschaft zu erwarten gewesen wäre. Seine schließlich ablehnende Haltung kann nur auf Rücksichten beruht haben, auf die er gelegentlich der Beratung des Sozialgesetzes hingewiesen hat, nämlich, daß man unterschieden muss zwischen den ehrlichen Betreibungen nach Verbesserung des Loses der Arbeiter, die uns allen am Herzen liegen, und zwischen dem, was wir heute zu unserem Bedenken und mit Schmerz genötigt sind, unter dem Begriff „Sozialdemokratie“ zu begreifen. Es gilt eben zu beachten, daß die Verbesserung der Lage der Arbeiter und die Frage der Sozialen zwei Bemühungen sind, die sich gegenseitig ausschließen. Daß der Fürst lediglich aus politischen Gründen sich gegen die Koalitionsfreiheit ablehnend verhielt, kann auch daraus gefolgt werden, daß er jedoch anderer Meinung, daß die Lage der Arbeiter zu verbessern, zu fördern sucht und für die berechtigten Forderungen der Sozialdemokratie ein klares Verständnis und offenes Ohr hatte. „Sobald uns von sozialistischer Seite“, erklärte er am 9. Oktober 1878, „einigend ein politischer Vorschlag entgegensteht oder vorläge, wie sie in vernünftiger Weise die Zukunft erhalten wollen, um das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, so würde ich mich wenigstens einer wohlwollenden, entgegenkommenden Prüfung der Sache nicht entziehen und würde selbst vor dem Gedanken der Staatsküste nicht zurücktreten, um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen. . . . Ich wiederhole, das nur, um die Aussichten zu bestätigen, die ich in der ethischen Regelung ausgeschlossen habe, nach denen ich vor 15 Jahren schon gehandelt habe, und um zu bestätigen, daß ich noch, wenn mir ein ernster und positiver Vorschlag vorläge, der auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter gerichtet ist, ein freundliches Entgegenkommen zeigen und ihm einer wohlwollenden und gerechten Prüfung des Reichstages und der gegebenen Versammlung empfehlen werde.“ Sechs Jahre später gab Bismarck dieser seiner Überzeugung abermals Ausdruck mit den Worten: „Ich werde eine jede Verbesserung fördern, welche positiv auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist.“

Diesen Standpunkt hat der erste Kanzler immer vertreten. Was ihm die bittere Feindschaft der Sozialdemokratie, die sich als Partei der Arbeiter bezeichnete oder doch deren Wahl zu wählen vorsah, eingetragen hat, ist zweifellos die Tatsache, daß er ihre Führer schon seit Jahren beim rechten Namen nannte, sie als verachtete Propheten bezeichnete, die ihr wahres Gesicht sorgfältig verbargen, damit dessen Häufigkeit nicht auffiele. Doch mehr aber hat ihn die Sozialdemokratie, weil er bestrebt war, vorhandene Schäden zu beseilen und berechtigte Klagen zu heben; weil er den Reichsbürgern zufiel: „Gedenken Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, so lange er gefordert ist. Nehmen Sie ihm die Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist, — wenn Sie das tun und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssozialismus sprechen, sobald jemand das Wort „Altstaat“ vertheidigt“ anspricht, wenn der Staat etwas mehr praktische Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaubte ich, daß die Herren Sozialdemokraten ihre Poststellen vergeblich blähen werden, daß der Palast zu ihnen sich verneinen wird, sobald die Arbeiter sehen, daß es den Regierungen und den gelegenden Adressaten mit der Sorge für ihre Wahl Urteil ist.“

Gerade diese Stellung Bismarcks zur sozialen Frage hat ihn dem deutschen Bürgertum noch teurer gemacht, obgleich er diesem Vater auferlegt. Bezeichnet nun deshalb die „Arbeiterpartei“ das Bürgertum als „Bieseler Bismarcks“, so beweist das nur, daß dieser Partei jede Spur von Geschäftsfeldgefühl und Dankbarkeit

Der Küstenschuh Englands und Frankreichs am Aermel-Kanal.

Die englische Presse kommt immer wieder mit Bezeichnung auf die erst fürsätzlich von ihr verbreitete Nachricht zurück, daß die Flotte an der Südküste Englands, an der Mündung der Themse und dem Kanal von Britton, mit 300 modernen Geschützen schweren Kalibers neu ausgerüstet worden seien, und daß die französischen Arbeiten und die Renovierung der alten Befestigungsanlagen der englischen Küste ihren Fortgang nähmen, so daß in kurzer Zeit England für jeden Gegner unangreifbar gemacht sein werde. Neben den interessanten

Tatsachen, die in diesen Bekanntungen bestätigt wird, daß die vorherige Verteidigungslinie des Imperiums noch im Rahmen des anglo-normannischen Quadranten mit mittelalterlichen Kanonen bestellt war, und daß ferner ein nicht unbedeutlicher Teil von Befestigungsanlagen noch immer unvollendet und ganz unmodern armiert ist, findet sich bei genauem Studium zuverlässiger englischer Quellen über diesen Vierlandkreis noch ein anderes Element von Wichtigkeit, welches uns belehrt, daß ein Teil notwendiger Vertheidigungsanlagen noch nicht einmal begonnen ist.

So meldet u. a. der vorzüglich informierte "Naval and Military Record", daß trotz aller Versprechungen zum Schutze des überaus wichtigen Hafens von Dartmouth durchaus an der Westküste Englands noch nicht das mindeste geschah und immer wieder nur von Plänen die Rede sei, deren baldige Ausführung bevorstehe. Und dabei steht fest, daß die Firma Bickerdike hier nicht nur mit ungeheuren Kosten eine Werft zum Bau größer Schiff, sondern auch eine Geschütz- und Werkstatt-Betrieb, sowie Munitionsbetriebe angelegt hat, die in kurzer Zeit von der See aus in Grund und Boden geschlagen werden können; sie müssen nun so leichter in Reinform fallen, da auch die angekündigte Fortsetzung noch immer nicht eingetreten ist. Bleibt man hierzu in Beirat, daß die die Theorie- und Methodenbekämpfungen trennenden Befreiungen auch heute noch vorliegen und, daß die Arbeiten an dem an der Straße nach Dover vorgelegten Hafen vor sehr langem vorwärts schreiten, und daß vor allen Dingen die sozioökonomischen Befestigungsanlagen von Dover, selbst bei eifriger Tätigkeit, schwerlich vor 1907 ganz fertig gestellt sein können, so ist es auf alle Fälle, daß die englische Presse so viel Aufhebens von der Neubefestigung einiger Orte macht und dabei gleichzeitig Nachrichten über den hohen Wert der Sandverteidigung verbreitet, der nun bei nur oberflächlicher Aufsicht auf einen siebzehn Kilometer langen Abschnitt der Küste verläuft.

Das Frankreich sich durch die Verbreitung solcher Nachrichten in seinen elanen Machtkräften zum Schutz der Nordküste sehr wesentlich beeinflussen lassen wird, ist nach dem uns von dort vorliegenden Mitteilungen wenig wahrscheinlich. Undenkbar ist, um das Verhalten des Kanzlers jenseits des Kanals bestätigt zu haben. Der Oberste Kriegsrat in Frankreich schon lange eingehend und fachlich an der Frage, wie der Aufbau der Küstenverteidigung am Aermel-Kanal verlaufen und unverzüglich gehandelt werden können, als es vor der Fall ist. Bei diesem Maßnahmen und namentlich bei dem Wunsche, einen vollwertigen Ort für das deutsche Lager lange nicht mehr ausreichend einzuhalten, haben sich die Stimmen vieler einflussreicher Männer an dem Vorholz vereint, in Boulogne einen solchen Stützpunkt zu schaffen. Freilich in dieser Gedanke steht ganz neu, vielleicht ist der Ausbau des Hafens von Boulogne schon seit länger als zwanzig Jahren beschlossen. Ende, ohne daß die vereinbarten Arbeiten jenseits des Kanals bestätigt werden möchten, daß der Handelsverkehr in diesem Hause sehr groß ist, sodann in den nächsten Handwerkerorten auch jetzt schon im Inselbewohnervertrag die Möglichkeit gegeben, im Handelsvertrag eine solche Befreiung einer Reihe von Elementen, die die neuern Widerstand entgegenstellen. Aber einmal wird doch bedacht werden müssen, daß der widerstrebende Teil des Handwerks in diesem Hause sehr groß ist, sodann in den nächsten Handwerkerorten auch jetzt schon im Inselbewohnervertrag die Möglichkeit gegeben, im Handelsvertrag eine solche Befreiung einer Reihe von Elementen, die die neuern Widerstand entgegenstellen. Aber einmal wird doch bedacht werden müssen, daß der widerstrebende Teil des Handwerks in diesem Hause sehr groß ist, sodann in den nächsten Handwerkerorten auch jetzt schon im Inselbewohnervertrag die Möglichkeit gegeben, im Handelsvertrag eine solche Befreiung einer Reihe von Elementen, die die neuern Widerstand entgegenstellen. Das ist aber von der ihnen aufzuhenden Befreiung in einem auch nur eingeschränkt betrachtlichen Umfang Gebrauch gemacht werden, wird niemand bedenken wollen. Den Reichshäusern würden auch bei der Erlangung einer Rente erhalten. An einem Ende dieser die Arbeiter zielstrebenden Maßnahmen auf Kosten der Allgemeinheit gewährten Vorzüglichkeiten wird die Befreiung einer Reihe von Elementen, die die neuern Widerstand entgegenstellen. Man wird deshalb schon zunächst noch eine weitere Erklärung der Abschaffungen in den Handwerkerkreisen selbst abwarten müssen, ehe endgültige Entscheidungen gefasst werden.

— Berlin, 23. September. (Festivalsmusik und Katholischer Klerus.) In dem vorarlbergischen Feldkirch, wo der Jesuitenorden eine große Niederlassung hat, haben in der vorigen Woche Priester und Seminaristen eine Art Festtag gefeiert, der im Südtiroler Pustertal stattgefunden, die vom Jesuitenpater Pollmann geleitet wurden. Ein südtirolischer Rentenabteilungsleiter erhielt von hocherfreut, daß der Erzbischof von Freiburg i. Br. Dr. Röhrer, an diesen Feierlichkeiten sich beteiligte: alle Tage las der Erzbischof die Messe für die Exorcisten, und am letzten Sonntag erzielte er allein 70 Teilnehmer an den Übungen die heilige Kommunion. Wie viel unter diesen 70 Priestern gleich dem Erzbischof von Freiburg aus Deutschland kamen, wird nicht angegeben. Die Teilnahme des Freiburger Erzbischofs aber genügt schon, den Einfluss des Jesuitenordens auf unteren katholischen Clerus zu veranschaulichen.

— Berlin, 24. September. Das Projekt eines Verbundes der polnischen Kaufmänner in Berlin wird demnächst eine weitere Förderung erfahren. Nachdem von verschiedenen Seiten bei dem vorberuhenden Ausflusse zustimmende Neuerungen eingegangen sind, findet der „Dziennik Powszczy“ für die nächste Zeit einen allgemeinen Ausdruck an, durch den eine Generalverfügung der polnischen Kaufleute aus dem preußischen Landesteil nach Polen zwecks endgültiger Festsetzung des Projekts und zwecks Bezeichnung des Verbundes im Sinne der gefestigten Beschlüsse einberufen werden soll. Kommt dieser Verbund, wie mit großer Wahrscheinlichkeit anzusehen ist, in stande, so würde er nur in einer geschlossenen, greifbaren Form zum Ausdruck bringen, was in Wirklichkeit längst existiert. Seit Jahren tritt die polnische Propaganda dafür ein, daß kein Pole einen deutschen Geschäftsmann unterschreibt, und tatsächlich ist es den Betreibungen der in den einzelnen Städten bestehenden polnischen Kaufmännischen Vereine gelungen, den Kontakt gegen den deutschen Handels- und Kaufmannstand fast vollständig durchzuschneiden. Es ist daher nur das Gebot der Selbstbehauptung und die Rücksicht auf die eigene Geschäftstätigkeit, wenn die deutschsprachige Bevölkerung der Ostmarken dieser Bewegung gegenüber Front macht und sich gleichzeitig in Vereine, Genossenschaften usw. zusammenstellt. Seider ist zu befürchten, daß das ionische Wachsthum der polnischen Kaufleute Jungen den geistlichen und kulturellen Fortschritt der Kirche behindern wird.

— Berlin, 24. September. Das Projekt eines Verbundes der polnischen Kaufmänner in Berlin wird demnächst eine weitere Förderung erfahren. Nachdem von verschiedenen Seiten bei dem vorberuhenden Ausflusse zustimmende Neuerungen eingegangen sind, findet der „Dziennik Powszczy“ für die nächste Zeit einen allgemeinen Ausdruck an, durch den eine Generalverfügung der polnischen Kaufleute aus dem preußischen Landesteil nach Polen zwecks endgültiger Festsetzung des Projekts und zwecks Bezeichnung des Verbundes im Sinne der gefestigten Beschlüsse einberufen werden soll. Kommt dieser Verbund, wie mit großer Wahrscheinlichkeit anzusehen ist, in stande, so würde er nur in einer geschlossenen, greifbaren Form zum Ausdruck bringen, was in Wirklichkeit längst existiert. Seit Jahren tritt die polnische Propaganda dafür ein, daß kein Pole einen deutschen Geschäftsmann unterschreibt, und tatsächlich ist es den Betreibungen der in den einzelnen Städten bestehenden polnischen Kaufmännischen Vereine gelungen, den Kontakt gegen den deutschen Handels- und Kaufmannstand fast vollständig durchzuschneiden. Es ist daher nur das Gebot der Selbstbehauptung und die Rücksicht auf die eigene Geschäftstätigkeit, wenn die deutschsprachige Bevölkerung der Ostmarken dieser Bewegung gegenüber Front macht und sich gleichzeitig in Vereine, Genossenschaften usw. zusammenstellt. Seider ist zu befürchten, daß das ionische Wachsthum der polnischen Kaufleute Jungen den geistlichen und kulturellen Fortschritt der Kirche behindern wird.

— Berlin, 25. September. (Telegramm.) Auf die telegraphische Meldung von der Taufe des Kreuzers „Berlin“ am Oberbürgermeister Kirschner folgendes Telegramm des Kaisers:

„Ich dank Ihnen für die Meldung von dem Stapellauf des Kreuzers „Berlin“ und freue mich, daß nunmehr ein Schiff Rechte dieser Namen trägt. Ich hoffe, dass wird ein neues Zeitalter zwischen der Reichshauptstadt und der Marine bilden. Berlin kann sehr sein, daß ein Schiff der Deutschen Marine seinen Namen trägt.“

Anzeigen-Preis

die 6gepaßte Seite 25 A.

Reklame unter dem Redaktionsstrich (gepaßt) 75 A. vor den Sammelanträgen (gepaßt) 60 A.

Telegraphischer und Brieftauben entsprechen Meter. — Gehörte die Nachrichten und Sammelanträge 25 A. (s. o. S. 25).

Extra-Beilagen (gepaßt), zur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbefreiung A 60., mit Postbefreiung A 70.

Annahmeklaus für Anzeigen: Über-Morgen-Ausgabe: Vormittag 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: Nachmittag 4 Uhr. Anzeigen sind jetzt an die Expedition zu richten.

Die Expedition ist monatlich monatlich geöffnet von 7 bis 8 Uhr abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Pöhl in Leipzig.